

# Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 8 mal und in den durch die Haupt-Expedition (Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksrecht“: Neue Hauptstraße Nr. 5 und Neue Hauptstraße 11, durch die Zweigstellen, Pilsener- und Breslauer-Verlagshaus, 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus für drei Monate 1.35 Rmt., für sechs Monate 2.40 Rmt., monatlich 1.35 Rmt. + 35 Pf. Tragelohn + 1.70 Rmt. Durch die Post einfließend: Zustellungsgebühren 2.00 Rmt.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

**Anzeigenpreis:** Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienangelegen. Stellengesuche, Vereinsk. Veramtlungen und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Hauptstraße 4/6) oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

### Die Rolle der Reichswehr im Putschistenprozeß nur geheim behandelt!

Leipzig, 26. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Wiking-Olympia-Prozeß wurde am Dienstag, von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Im wesentlichen drehte es sich um den Fall Claf und um die Beziehungen zwischen Reichswehr und rechtsradikalen Organisationen. Wenn dieser zweite Fragenkomplex ebenfalls unter Ausschluß der Öffentlichkeit erörtert wurde, so kann das als Zeichen dafür gedeutet werden, daß die Beziehungen tatsächlich und in sehr weitgehendem Umfange bestanden haben. Im Fall Claf handelt es sich um die Bestrebung der Rechtsradikalen im Frühjahr 1926, den Reichspräsidenten Hindenburg zur Diktatur zu bewegen.

In der Geheimhaltung wurde auch Hauptmann Waderjapp als Zeuge vernommen, von dem bekannt ist, daß er 50 Infanterieregimenter unter Mitgliedern der Olympia verließ hat.

Der nichtöffentliche Sitzung schloß sich eine sehr kurze öffentliche Beratung an. Es wurde beschlossen, den Zeugen Friedrich nicht zu verurteilen, weil er verdächtig ist, persönlich an den Vorgängen beteiligt zu sein, die zur Auflösung des Wiking geführt haben. Am Mittwoch werden voraussichtlich nach der Vernehmung des Zeugen Schmidt-Thüringen die Urteile gefällt werden.

### Rußlands Weg nach Genf.

Genf, 27. April. (Eig. Funkbericht.)

Es scheint sich zu bestätigen, daß die Sowjet-Regierung zwar nicht offiziell, aber offiziös noch einmal zur Teilnahme an der Wirtschaftskonferenz eingeladen worden ist. Aus bestimmten Gründen wird angenommen, daß die russische Vertretung sich zunächst nur als Beobachtergruppe präsentiert, um zu sehen, welche Geschäfte für Sowjet-Rußland zu machen sind, ohne für den Gang der Wirtschaftskonferenz irgendwelche Verantwortung übernehmen zu müssen.

### Abg. Dr. Rosenberg verläßt die K.P.D.!

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete und Privatdozent an der Universität Berlin, Dr. Rosenberg, ist laut „Soz. Presseblatt“, aus der kommunistischen Partei ausgetreten. Mit Rosenberg verläßt die K.P.D. ihren letzten brauchbaren Kopf. Rosenberg stand der offiziellen Parteipolitik der Kommunisten schon seit längerer Zeit ablehnend gegenüber. Er hat aus dieser Einstellung nunmehr mit seinem Austritt die Konsequenzen gezogen. Es verlautet, daß sich Rosenberg wahrcheinlich aus dem politischen Leben überhaupt zurückzieht.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, begründet Dr. Rosenberg seinen Schritt mit „dem völligen Zusammenbruch der Politik der Komintern in China“. Er beabsichtigt im übrigen, sein Reichstagsmandat als parteiloses Abgeordneter weiter auszuüben.

Rosenberg ist — wie der „Vorwärts“ feststellt — der elfte von den im Dezember 1924 gewählten 45 Abgeordneten, die teils freiwillig, teils gezwungen ihre Fraktion verlassen haben. Die „Rote Fahne“ bringt die Nachricht bisher ebenso wenig, wie irgendeine Meldung über die katastrophale Niederlage der Kommunisten in Oesterreich. Ob die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ sie ihren Lesern mitzuteilen mag?

### Ein Sieg Dschiang-Kai-Scheks über die reaktionären Nordtruppen.

Peking, 26. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Wiedererlangung der Angeleise der chinesischen Nordtruppen gegen die Armee Dschiang-Kai-Scheks endete mit einem vernichtenden Mißerfolg. Der Versuch, über den Yangtschik-Fluß zu gehen und auf dem Südufer des Flusses zu landen, wurde durch Scheinwerfer beendet. Sämtliche Boote mit Truppen, 19 an der Zahl, wurden versenkt, wobei 2000 Angehörige der Nordtruppen den Tod fanden. Der neue Angriff der Nordtruppen wird darauf zurückgeführt, daß Dschiang-Kai-Schek die Friedensangebote der Generäle des Nordens zurückgewiesen hat.

In Paris ist gestern der sechste Kongreß der europäischen Delegierten der Kominternangruppe zu Ende gegangen. Der Generalsekretär des Pariser Exekutivkomitees gab Pressevertretern Erklärungen ab, die eine Vertretungskonferenz für Dschiang-Kai-Schek befürworten.

### 60 mexikanische Eisenbahnräuber getötet.

Die mexikanische Räuberbande, die den Schnellzug bei Guadalupe überfallen und die Reisenden zum größten Teil niedergemetzelt hatte, ist nach den neuesten Nachrichten von den Bundesstruppen im Gebirge bei La Venuela eingeholt worden. Dabei kam es zu einem regelrechten Gefecht, das 5 Stunden dauerte und in dem 60 der Räuber getötet wurden. Auch die Truppen haben schwere Verluste erlitten. Nach einer amtlichen Meldung der mexikanischen Regierung handelte es sich um die Bande unter der Führung von drei katholischen Priestern namens Rega, Pedroza und Angulo und eines Rechtsanwalts, des Führers des Bundes zur Verteidigung der Religion. Der Angriff auf den Zug soll unter den Rufen „Es lebe der König Christus“ erfolgt sein.

# Anträge zum Kieler Parteitag.

Der „Vorwärts“ veröffentlichte in seiner letzten Sonntag-Ausgabe auf 12 engbedruckten Spalten die Anträge zu unserem bevorstehenden Parteitag in Kiel. Schon nach Zahl und Umfang spiegeln diese Äußerungen aus den Organisationen die rege Teilnahme der Genossen im Lande an der gedanklichen Entwicklung unseres Programms, an Taktik und Tagespolitik und am Aufbau des Parteiapparats als der wichtigsten politischen Waffe der Arbeiterklasse wider. Selbstverständlich stehen neben wohlüberlegten Formulierungen auch unmaßgebliche Zufallsbeschlüsse einzelner Parteivereine, an denen sich bereits die gegnerische Presse freut, die aber der Parteitag als höchste Instanz der Partei ja erst zu sichten und zu werten hat. Nur eine Minderzahl der Anträge pflegt ja die Mehrheit der Delegierten unserer millionenstarken Mitgliedschaft politisch aus der Fülle der Anregungen herauszuheben, und auch diese Anträge werden meist durch die Debatten und Kommissionsberatungen erst noch in die endgültig brauchbare Form gegossen. Immerhin verdient eine große Zahl der Anträge Beachtung und sei es zum Teil auch nur als Stimmungszeichen.

Zum Bericht des Parteivorstandes wird eine Fülle von organisatorischen Anregungen gegeben. Von diesen Seiten kommt der Wunsch nach Herauslösung der parteigenösslichen Beamten aus anderen als freigewerkschaftlichen Beamtenorganisationen. Ein Antrag der Organisation Hamburg zeichnet sich unter diesen Vorschlägen durch Formulierungen aus, die der Schwierigkeit dieser Frage angesichts des gegenwärtigen Standes der gewerkschaftlichen Beamtenbewegung Rechnung zu tragen suchen, indem sie Platz für Ueberlegungsmöglichkeiten lassen. Mehrfach vertreten ist doch der Wunsch nach der Wiedereinrichtung von Landesparteitagen, vor denen zum Beispiel die Preussische Landtagsfraktion ihre Politik ebenso zu vertreten hätte, wie die Reichstagsfraktion das vor dem Gesamtparteitag tut. Von den literarischen Parteiorganen findet die „Frauenwelt“ die schärfste Kritik in Form eines Chemnitzer Antrages, der offenbar an der Möglichkeit ihrer Besserung verzweifelt und daher das Wiedererscheinen der einst auf höherem Niveau geleiteten „Gleichheit“ verlangt. Die nur in einem Teil des Reiches aufgetretene, sehr unglücklich geleitete und überflüssige Sonderorganisation sozialdemokratischer Akademiker soll nach einem Berliner Antrag die Empfehlung erhalten, sich aufzulösen, ein Antrag, für den sicherlich gerade die meisten mit dem Parteileben verwachsenen Akademiker unter den Delegierten stimmen werden.

Zum Organisationsstatut liegen die üblichen Anträge auf Änderung des Beitragsweins vor. Die radikalen Leipziger wollen auf dem Parteitag nur den gewählten Delegierten, die ja ohnehin in der starken Mehrheit gegenüber den Vertretern von Instanzen sind, das Stimmrecht belassen. Sie sollten aber die guten Erfahrungen nicht vergessen, die zum Beispiel in Oesterreich mit einer sogar noch weitergehenden Vertretung von Fraktionen, Gewerkschaftsvorständen usw. auf dem Parteitag gemacht wurden. Ein anderer Leipziger Antrag schlägt Vertretung der Belegschaften der Parteibetriebe in der Leitung der „Konzentration U.G.“, der Spitzenorganisation unserer wirtschaftlichen Parteieinrichtungen, vor. Ein Altonaer Antrag will allen Organisationen Urwahlen zu den Delegationen für Parteitag und Internationalen Kongreß vorschreiben.

Zum Bericht der Reichstagsfraktion liegen die eigentlich politischen Anträge vor. Hamburg zeichnet sich durch nachdrückliche Zustimmung zur Finanzpolitik der Reichstagsfraktion aus, besonders, soweit diese die Reichsrechte gegenüber den Ländern verteidigen und schützt sich dadurch gegen den gelegentlich aus Preußen erhobenen Vorwurf des Partikularismus. Von den Breslauer Anträgen wird der gegen die Strafrechts-„Reform“ der Bürgerblock-Regierung sicher Beachtung und hoffentlich Annahme finden, während das Schicksal des ebenfalls sachlichen Antrages der Breslauer zur Alkoholfrage nicht ganz so sicher erscheint. Verschiedene Anträge tabeln die bei einzelnen Abstimmungen im Parlament abwesend gewesenen Abgeordneten, andere wenden sich gegen Doppelmandate oder wollen die bisher von den Fraktionen durchgeführte Selbstbestimmung unserer Abgeordneten zugunsten der Partei noch erhöhen. Ein Teil der politischen Anträge ist übrigens einzuweisen zu den Tagesordnungspunkten des Parteivorstands-Berichts verwiesen worden, darunter der Breslauer Antrag zur Taktik, der ja nicht mehr als Kritik an der preussischen Koalitionspolitik gedeutet werden wird, nachdem unsere Organisation einen prominenten Vertreter dieser Politik zum Delegierten gewählt hat. Eine Einmischung der Leipziger in preussische Politik ist wohl nur durch irrtümliche Berichterstattung über eine Gruppentage-

zu erklären. Andere politische Anträge werden nach dem Referat von Hilferding über „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik“ behandelt werden. Dazu gehört z. B. eine kritikal-mäßige und nicht besonders gelungene lange Wiederholung von Formeln des Heidelberger Programms, die die Zwidauer eingereicht haben und ein sehr beachtenswerter Antrag der Hamburger für die Neugliederung des Reiches als Weg zum Einheitsstaat, der allerdings mit dem ungeschickten Wort „Reichsprovinzen“ für die neugegliederten Länder belastet ist.

Zum Agrarprogramm, dessen Entwurf in diesen Spalten durch seinen Hauptverfasser, Gen. Baade, erläutert wurde, liegt ein ausführlicher Gegenantrag aus Leipzig vor, der noch eingehender zu würdigen sein wird. Eine andere sachliche Organisation wünscht Vertagung der Beschlusfassung darüber. West- und süddeutsche Parteivereine suchen den bäuerfreundlichen Charakter des Entwurfs zu verstärken, ein Königsberger Antrag will dagegen offenbar die Vorteile des Großbetriebes der Landwirtschaft wahren.

Zum Referat über die Internationale haben die Leipziger ein fertiges Rezept zur Kriegsverhinderung vorgelegt, das über die häufig negativen Erfahrungen mit Generalstreikplänen zu jedem Konflikt- und Kriegsbeginn und über entsprechende Urteile selbst eines Lenin schlanke hinweg geht. Breslau wünscht dagegen eine gründliche Behandlung dieses Problems auf dem nächsten Internationalen Kongreß, während es für diesen Parteitag ein Sonderreferat über den Imperialismus nach dem Kriege vorschlägt. Es bemüht sich bekanntlich auch um die Verlegung des nächsten Parteitages hierher, wobei es mit Dortmund, Altona und den beiden hessischen Parteiver-einen Darmstadt und Mainz in Wettbewerb kommt.

Im ganzen zeigt die Fülle der mit diesem Auszug noch keineswegs erschöpften Anträge, daß der Parteitag von der Masse der Mitglieder lebhaft vorbestimmt worden ist, also keineswegs eine bloß von der Spitze her organisierte Heerschau werden wird. Die deutsche Sozialdemokratie ist nicht nur die stärkste Partei des Reiches, sondern sie ist auch innerlich lebendig und demokratisch schon im Aufbau ihrer eigenen Organisation auf dem Willen der Massen.

### Braucht Deutschland Dumpingzölle?

Die Bürgerblockparteien haben kürzlich die Regierung zur Einführung von Zöllen gegen ausländische Schleuderausfuhr (Dumping) aufgefordert. Diese Aufforderung mutet recht merkwürdig an angesichts der Tatsache, daß in keinem Land der Welt eine Schleuderausfuhr in solchem Maßstab betrieben wird wie in Deutschland. Dies ist auch selbstverständlich, weil die monopolistische Organisation der Industrie in keinem Lande so entwickelt ist wie in Deutschland, und weit bekanntlich die monopolistische Beherrschung des Inlandsmarktes die Grundlage für die Schleuderausfuhr bildet. Die Rohstoffmonopole, die man in den überseeischen Ländern findet, kommen für eine Schleuderausfuhr freilich nicht in Betracht. Von einer ausländischen Schleuderausfuhr, die der deutschen Industrie eine unfaulere Konkurrenz bereite, soll, ist uns aber nichts bekannt, zumal das Baltikum, worunter auch die deutsche Industrie gelitten hat, dank der Befestigung der romantischen Währungen aufgehört hat.

Deutsche Dumpingzölle gegen ausländische Schleuderausfuhr könnten nur in einem Falle gerechtfertigt werden, nämlich, wenn sie sich gegen die Einfuhr aus Ländern mit niedrigeren Löhnen und längerer Arbeitszeit als in Deutschland richten würden, d. h. als soziale Dumpingzölle. Dem Bürgerblock liegt es freilich ganz fern, Zölle auf soziales Dumping zu fordern. Worauf es ihm ankommt, ist, einen Vorwand für neue Zollerhöhungen zu finden. Da es sich fast nie kontrollieren läßt, wann eine Schleuderausfuhr stattgefunden hat, so hoffen die Blockparteien offenbar, durch die Feststellung des Vorhandenseins eines Dumping die unbequeme Konkurrenz des Auslandes noch mehr auszuhalten, als dies bereits heute bei den hohen Zöllen und den internationalen Kartellen der Fall ist. Die Folge wird aber sein, daß das Ausland ebenfalls Dumpingzölle gegen Deutschland einführen oder die bestehenden, aber bisher nicht angewendeten Dumpingzölle gegen Deutschland in Wirksamkeit setzen wird. So würden bei Einführung von Dumpingzöllen sowohl die deutschen Verbraucher wie die deutsche Ausfuhr die Leidtragenden sein.

## Auch die niederschlesischen Industriellen gegen die unzureichende Osthilfe der Bürgerblock-Regierung.

Der Vorstand des Bundes Niederschlesischer Industrieller E. V. nahm in seiner Sitzung in Hirschberg am 25. April Stellung zu der durch die Beschlüsse des Reichstages geschaffenen Lage bezüglich der Osthilfe und machte feststellen, daß die allseits anerkannte Not und die Sorgen der preussischen Grenzprovinz Niederschlesien nicht die erforderliche Berücksichtigung erfahren haben. Wörtlich schreibt uns der Bund: „Die Enttäufung und das Befremden hierüber sind um so größer, als die Höhe der jetzt bewilligten 8 Millionen für den Osten, davon 1 Million für die Provinz Niederschlesien, in völliger Widerspruch zu den im Herbst 1926 gegebenen bestimmten Zusagen auf Erhöhung der Osthilfe 1927 steht.“

Der Bund Niederschlesischer Industrieller weist auf die Auswirkungen dieser völlig unzureichenden Berücksichtigung der besonderen niederschlesischen Schwierigkeiten hin und macht mit dem Nachdruck die Reichsregierung und den Reichstag auf die Gefahr aufmerksam, die der Provinz in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht drohen, wenn im Vergleich zu anderen Reichsteilen der Osten weiter so erheblich zurückgelassen wird. Wir fordern insbesondere nachdrücklich die sofortige Ausführung der Pläne zur Flüssigmachung von Krediten unter Reichs- und Staatsgarantie zur Finanzierung einer Hilfsaktion für das bedrohte Schlesien.“

Die scharfe Kritik des Industriellenverbandes an den Beschlüssen der bürgerlichen Reichstagsmehrheit und der Reichsregierung des Reiches deckt sich mit unjeren Forderungen über die Vernachlässigung Schlesiens durch die gegenwärtig herrschende Bürgerblockregierung. Die Vertretung der Fertigungsindustriellen im Reichsblock, die Deutsche Volkspartei, hat zwar auch im niederschlesischen Industriellenverband die politische Führung. Aus diesem Grunde wird schamhaft nicht erwähnt, daß die republikanische Preußenregierung und daß auch anders eingestellte Reichsregierungen den schlesischen Wünschen erheblich weiter entgegenkamen. Die Laten der Reichsregierung und der Reichstagsmehrheit werden hier aber wenigstens einmal beim richtigen Namen genannt. Wir sind gespannt, ob die Bürgerblock-Presse Schlesiens das ruhig einsteht.

Wie die Deutsche Volkspartei in Kulturfragen vor dem schwarz-blauen Block, den sie selbst zusammenschleppte, kapitulieren muß, so geht sie sich auch wirtschaftspolitisch gegen die gemeinsame Front der deutsch-nationalen Schwerindustriellen und Großagrarien und der Großbauern des Zentrums nicht mehr mit ihren Wünschen für die Unternehmerinteressen der Qualitätsindustrie und ihrer Bezirke durch. Ihre Anhänger im Lande protestieren nachdrücklich gegen Beschlüsse, die die volksparteiliche Fraktion Mann für Mann gemeinsam mit dem Zentrum und den Deutschnationalen im Reichstag mit angenommen hat. Von unserem Standpunkt aus trifft die Erklärung des Industriellenverbandes in ihrem Schlußsatz übrigens noch nicht einmal den bedenklichsten Teil der Streichungen für Schlesien, da viel schwerer als das Ausschließen von weiteren Staatskrediten an die Privatwirtschaft, die Streichung von Staatszuschüssen an soziale und kulturelle Einrichtungen und an Notstandsarbeiten wirken muß. Wenn sich trotzdem infolge der langsamen Selbstaufhebung der Wirtschaftskrise der Arbeitsmarkt wieder bessert, so werden wir das unsere dafür tun, daß die Lasten dieser Bürgerblockpolitik so wenig wie möglich auf die arbeitenden Klassen abgewälzt werden. Das mögen sich die schlesischen Industriellen gelassen lassen, wenn sie trotz ihren bitteren Klagen politisch den Bürgerblock im Gefolge ihrer mächtigeren Berufsgenossen aus Westdeutschland und ihrer Freunde aus dem agrarischen Lager weiter unterstützen!

Reichsbanner als Schutz gegen den Stahlheimrummel. Der Gauvorkand Berlin-Brandenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat anlässlich des Stahlhelmtags in Berlin für die Berliner Ortsvereine Alarmbereitschaft angeordnet. Auf Wunsch der republikanischen Partei, Gewerkschafts- und Organisationsvorständen wird das Reichsbanner im gegebenen Falle Schutz für bestimmte Bauarbeiten oder Räume stellen. Außerdem soll ein Patrouillendienst eingerichtet werden, der von Mitgliedern in Zivil mit Reichsbannerabzeichen ausgeübt wird.

## Der Tod eines Millionärs.

Von G. D. H. Cole und Margarete Cole.

Autentisierte Uebersetzung von Kathilde Wettheimer.

„Du meine Güte,“ sagte Lord Galing, „Sie sind aber kaltblütig. Wissen Sie, daß dies nicht nur mich und die Anglo-Franzosen, sondern auch ein paar tausend Leute, die ihr Geld in diese höllische Konzeption gesteckt haben, ruinieren wird? Wissen Sie...“

„Als jetzt, habe ich Sie noch nicht ruiniert, Lord Galing.“

„Was soll das heißen, Herr? Wenn diese Morbanlage sich als richtig erweist, was geschieht mit der Konzeption? Das möchte ich wissen.“

„Was ich Ihnen sagen wollte, Lord Galing, ist, daß ich Sie bis jetzt noch nicht ruiniert habe. Ich rechne damit, daß Sie mir zur Flucht verhelfen werden.“

Lord Galings Mund verwandelte sich augenblicklich in Furcht. „Was war das?“ fragte er. „Was soll das nun wieder heißen?“

„Ich bezog mich auf einen geringfügigen Vorfall, der zweifellos im Gedächtnis Ihrer Lordchaft haften geblieben ist. Als mein Freund Hugh Rablett in Eugdens Hotel wohnte, richteten Sie ein persönliches Schreiben an ihn. In diesem Schreiben nannten Sie sich auf ein gewisses, unwesentliches Abereinkommen, das Sie gemeinsam ausgeführt hatten — Sie selbst haben diesen Eid erlassen, den Sie ja später an mir erproben sollten. Rablett hatte eine persönliche Abmachung mit Ihnen getroffen, daß er die Konzeption gemeinsam mit der Anglo-Franzosen durchführen sollte. Aber Sie schlugen ihm vor, daß er vorher verbreiten sollte, er tue das nicht, damit die Aktien fallen und Sie sowohl als er einen hübschen Betrag durch den Verkauf zu niedrigen Kursen verdienen sollten. Uebrigens boten Sie als Gegenleistung für ein großes Paket Gratifikationen der neuer Gesellschaft eine Garantie an, daß das Auswärtige Amt die Frage der Amerikanisierung Rußlands sympathisch erwägen werde. Ich bemerke, daß Sie sich an den Brief erinnern. Wollen Sie Rablett ihn zurücksenden?“

„Bekanntlich noch mal. Wie gelangte der Brief in Ihre Hände,“ sagte Lord Galing, „wenn Sie nicht der Mörder sind? Sie haben Rablett ermordet und dann den Brief aus seinem Zimmer gestohlen.“

## Ukrainische Forderungen an Polen.

Das Warschauer Bilsudski-Blatt „Glos Prawdy“ veröffentlicht einen Artikel des ukrainischen Abgeordneten W o s c y z u k :

„In den gegenwärtigen Grenzen des polnischen Staates leben 7 Millionen Ukrainer geschlossen in den Ostgebieten. Das Schicksal und der Einfluß der Großmächte wollte es, daß das 40 Millionen zählende ukrainische Volk keine Freiheit erlangt hat und der Abgänger Vertrag das ukrainische Volk in zwei Teile teilte. 7 Millionen, diese Bevölkerungsziffer gleicht der Schweden und übersteigt die Litauens, Letlands und Estlands, Finnlands, Dänemarks, Norwegens und Bulgariens. Die Besonderheit der ukrainischen Sprache wird durch die wissenschaftlichen Akademien allgemein anerkannt, ebenso wie auch die besondere Religion. Ueber eine beträchtliche Bevölkerungszahl im polnischen Staate, fremder Nationalität, kann man nicht ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen.“

Das Bestreben eines jeden ukrainischen Patrioten ist ein unabhängiger ukrainischer Staat. Wir erleben gegenwärtig eine Tragödie der Seele des Volkes in derselben Weise, wie sie das polnische Volk während der Knechtschaft erlebte. Wir sind loyal als Bürger des polnischen Staates, als Volk sind wir revolutionär eingestellt und immer bereit, in den Kampf um unsere Unabhängigkeitsideale zu treten. Es gibt keine Macht, die diesen Gedankengang und seine Entwicklung schmälern könnte. Es entsteht die Frage, ob die Entwicklung der Idee der Unabhängigkeit der Ukraine und der Teilnahme Polens daran mit dem Interesse des polnischen Staates im Widerspruch steht? Des Weiteren, ob dieses Sammelbestreben des ukrainischen Volkes und das einzelner Personen bestraft oder unterstützt werden soll. Man darf nicht vergessen, daß eine unabhängige Ukraine die Pazifizierung des Ostens bedeutet, dem Fenster Europas nach dem Osten; das Festhalten der Unabhängigkeit ruft eine ewige Frenetika und Konkurrenz Polens mit dem Nachbarstaate hervor. Heute besitzt Polen eine Grenze von 1 1/2 Tausend Kilometern mit Sowjetrußland, die eine sorgfältige Bewachung erfordert. Die Gemeinsamkeit der Interessen Polens mit der unabhängigen Ukraine steigert die Verteidigungsfähigkeit beider Staaten und garantiert den Frieden eines unabhängigen Polens. Ohne daß eine vereinigte unabhängige Ukraine besteht, gibt es keinen Frieden in Europa und die wachsende Spannung kann zu einem schlimmeren Kriege führen, als es der Weltkrieg war. Wir zweifeln, ob das ukrainische Volk im Rahmen Polens auf eine entsprechende Entwicklung der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Rechte rechnen kann.

Werden die Fehler der bisherigen Politik weitgemacht werden? Ich zweifle daran und zwar deswegen, weil bisher mit wenigen Personaländerungen in der Verwaltung sich nichts Wesentliches geändert hat. In den von den Ukrainern bewohnten Gebieten werden wichtige Angelegenheiten ohne Heranziehung der Ukrainer erledigt. Nicht ein einziger Ukrainer wird zur Verwaltung herangezogen. Höhere Lehranstalten können nicht errichtet werden und mühten nach der Tischschloßwerke verlegt werden. Fachschulkräfte werden nach Polen und Pommern verlegt, als ob im Lande ein Ueberfluß daran vorhanden wäre. Das Mittelschulwesen ist sämtlicher Rechte beraubt, obgleich die ukrainische Bevölkerung in den Ostprovinzen 90 Prozent der Bevölkerung ausmacht. In der Zukunft ist kein Ukrainer vertreten. Man hat sogar ein Sachverständigenkomitee für ukrainische Fragen ohne Beteiligung der Ukrainer gebildet. Es ist kein Wunder, daß das Verhalten des polnischen Volkes gegenüber den Ukrainern als einem besiegten Volk Erbitterung hervorgerufen und es veranlaßt, das Glück jenseits der Grenzen zu suchen. Nur eine territoriale Autonomie, die Achtung der Metropole gegenüber der Provinz, die von uns bewohnt wird, wird die Existenz des polnischen Staates sichern und ein Wohlwollen bei den Ukrainern Polen gegenüber hervorrufen, sowie den Gedanken des Verzichtes auf die polnische Staatsbürgerschaft beseitigen. Für sieben Millionen Ukrainer in Polen und für ein um seine Freiheit kämpfendes Brudervolk muß das gegenwärtige Polen die ukrainischen Gebiete auf der Grundlage der Territorialautonomie umbauen. An der Spitze muß ein Provinziallandtag stehen mit gesetzgebenden Funktionen. Zur Durchführung dessen ist eine Provinzverwaltung zu bilden und eine Provinzialjustizbehörde. Das Schulwesen muß einen gesonderten Charakter tragen und es sind die Herde der höheren Kultur zu gründen. Die polnische Demokratie hat das Wort und wir erwarten von ihr Taten.“

Die Einwanderung nach Palästina ins Stocken geraten. Im Jahre 1926 betrug die Einwanderung nach Palästina 13 910 Personen, die Auswanderung 9 429, so daß nur ein Einwanderungsüberschuß von 4 481 Personen verbleibt, gegen 31 650 im Jahre 1925. Die starke Einwanderung der früheren Jahre war zum großen Teil die Ursache des Abflauens im vergangenen Jahre. Die Einwanderer, vornehmlich Juden aus Polen, haben mit Hilfe der mitgebrachten Kapitalien eine große Baukonjunktur in Palästina geschaffen, die dann, als die Kapitalien zu Ende gingen, und neue infolge der polnischen Valutakrise nicht herbeigeholt werden konnten, sehr rasch in eine Krise umschlug. Es entstand eine umfangreiche Arbeitslosigkeit, in deren Folge, wie aus den erwähnten Ziffern ersichtlich ist, die Einschränkung der Einwanderung im Jahre 1926 eintrat.

„Zur Berichtigung, Lord Galing. Ich ermordete Hugh Rablett nicht. Aber meine Wege nehmen Sie es an. Jedenfalls bin ich im Besitze Ihres Schreibens und, wenn ich verhaftet werde, so wird es bestimmt in die Hände der Polizei fallen. Dafür werde ich Sorge tragen und überdies noch dafür, daß es in den Zeitungen veröffentlicht wird. Wünschen Sie das, Mylord?“

„Ich gebe Ihnen tausend Pfund für diesen Brief,“ entgegnete Lord Galing.

„O nein, käuflich ist der nicht,“ sagte Pasquett. „Wenigstens nicht für Geld. Meine Bedingungen sind andere: Sie müssen mir jede Ihnen zu Gebote stehende Hilfe, der Polizei zu entkommen, leisten, selbst wenn Sie dabei Ihre eigene Person gefährden. Tun Sie dies, was ich Ihnen sage, so sollen Sie Ihren Brief, sobald Sie Ihre Rolle ausgespielt haben, zurückhalten. Sie können ihn dann nach Belieben vernichten. Aber bis dahin verbleibe er in meiner oder meiner Freunde Verwahrung. Weigern Sie sich, so werde ich ihn sofort den Zeitungen senden und das Original jenen, der mich festzunehmen versucht, übergeben. Die Wahl liegt bei Ihnen.“

Arthur hatte sprachlos das Gewand und diesen Dialog mit Pasquett gehört. Er hatte in diesen letzten Tagen mehr über Lord Galing gelernt, als je vorher in seinem Leben.

„Soll ich ihn also veröffentlichen?“ wiederholte Pasquett. Lord Galing schweig noch immer. Er starrte bloß auf Pasquett, als ob er ihn gerne ermorden möchte.

„Nein, ich denke nicht,“ vollendete Pasquett. „Für diesen Fall werden Ihre Lordchaft die Güte haben, zu warten, bis wir uns entschieden haben, wie Sie uns am besten bei der Flucht dienen können. Glauben Sie nicht davon, Lord Galing. Tun Sie's doch, so wird der Brief veröffentlicht. Das ist lediglich ein kleines Geschäft zwischen uns. Sehen Sie sich und überlegen Sie sich das einmal. Kommen, Arthur.“ Pasquett schritt aus dem Zimmer. Arthur Wharton war seinem Unfall, der noch immer unbeweglich inmitten des Raumes stand und vor sich hinstarrte, einen zweifelnden Blick zu und folgte seinem Freunde nach.

„Jetzt, Arthur,“ sagte Pasquett zu ihm, „müssen wir Kriegsrat halten. Willst du daran teilnehmen? Alle wissen, woher der Wind weht.“

„Ich will, Ja, ich glaube nicht mehr, daß du ein Mörder bist.“

„Dann ist's gut,“ meinte Pasquett und führte ihn in den Salon der Villa.

## Deutschland als Leidtragender des österreichisch-schlesischen Volkstammes.

Wenn zwei sich streiten, freut sich der dritte — sagt das Sprichwort. Man sollte meinen, daß von dem österreichisch-schlesischen Handelsvertrage, dritte Länder, darunter auch Deutschland, Nutzen ziehen und ihre Ausfuhr in jene Länder steigern könnten. Das ist aber nicht der Fall. Im früheren österreichisch-schlesischen Handelsvertrage gewähren die Parteien einander für eine große Anzahl von Waren wechselseitig erhebliche Zollermäßigungen. Auf Grund dieses Weisbegünstigungsvertrages hat Deutschland diese Zollermäßigungen mitgenossen. Da nun aber der Handelsvertrag zwischen den beiden Ländern aufgelöst wurde, kommen diese Zollermäßigungen in Wegfall, nicht nur für die unmittelbar betroffenen Länder, sondern auch für dritte Länder, wie Deutschland. So verliert z. B. Deutschland den im schlesischen Tarif stark herabgesetzten Bierzoll und die gleichfalls ermäßigten Zölle für eine Anzahl von Textil-, Eisen-, Metall-, Papier- und Holzwaren. Auch dieses Beispiel zeigt, daß bei der großen Verflechtung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen das, was dem einen schadet, auch dem andern nicht frommt.

## Die Pläne der Feinde Bilsudskis.

Warschau, 28. April. (Drahtbericht.) Im sogenannten Großpolnischen Lager, welches von dem Abgeordneten Roman D m o w s k i fast diktatorisch geleitet wird, wird neuerdings wieder besonders lebhaft und energisch gegen die Bilsudski-Regierung agitiert. Die zunehmende Propagandatätigkeit dieser Organisation zeigt ganz deutlich, daß die nationalistischen Gruppen vor Bilsudski noch nicht kapituliert haben und es auch nicht tun wollen. In Aufrufen des Großpolnischen Lagers wird erklärt, daß alle Kräfte der polnischen Nation mobilgemacht werden sollen, um der Anarchie entgegenzuarbeiten zu werden usw. Die Presse der Gegner des Regimes nennt diese Tätigkeit konspirativ und befürchtet neue innerpolitische Erschütterungen.

## Aus dem Reiche.

Die im Reich abgebotenen Republikaner finden in Preußen gute Verwendung. Von unterrichteter Seite erfährt der „Soz. Pressebericht“, daß der von dem deutsch-nationalen Reichsinnenminister abgebotene Ministerialdirektor Dr. Brecht das ihm an gebotene Amt bei dem Spartenamt ablehnen wird. Es ist wahrscheinlich, daß Brecht schon in aller nächster Zeit in einem wichtigen Amt der preussischen Staatsregierung als Ministerialdirektor Verwendung findet.

Nachträgliche Sühne für den Fall Höfle? Der Gerichtsarzt Dr. Thiele vom Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit hatte sich am Dienstag vor dem Disziplinarat des Kammergerichts wegen grober Vernachlässigung seiner Amts- und Dienstpflichten zu verantworten. Es handelt sich dabei vor allem um den in der Untersuchungsanstalt erfolgten Tod des einstigen Reichspostministers Dr. Höfle, der auf ein großes, pflichtwidriges Versehen und auf außergewöhnliche Vernachlässigung Dr. Thiele zurückgeführt wird. Die Anklage legt Dr. Thiele zur Last, wieder Dr. Höfle noch sonst einen der erkrankten Untersuchungsgefangenen jemals gründlich untersucht und in pflichtgemäßer Behandlung genommen zu haben. Selbst als die Gefangenwärter aus Versehen über die beängstigende Verschlimmerung im Befinden Dr. Höfles Dr. Thiele anriefen, fand er es — es war Sonntag — nicht für nötig, persönlich am Krankenlager zu erscheinen, sondern gab lediglich telefonische Anweisungen. Nach Auffassung der medizinischen Sachverständigen hätte damals sofort bei Dr. Höfle eine Ausspülung des Magens erfolgen müssen. Das geschah nicht. Dagegen wurden Dr. Höfle narcolische Mittel in so großen Mengen zur Verfügung gestellt, durch deren Gebrauch der sich geschwächte Körper des Ministers völlig zusammenbrach. — Die Verhandlung gegen Dr. Thiele wird am Mittwoch fortgesetzt.

Verherrlichung der Rathenauer Mörder bringt jetzt selbst in Bayern Gefängnis! Vor dem Münchener Schwurgericht hatten sich am Dienstag der frühere Schriftleiter der völkischen Wochenchrift „Arminius“, Hauptmann a. D. Wilhelm Weiß, jetzt verantwortlicher Redakteur am Hiltersblatt, sowie die Schriftleiter Binz und Walzer, letzterer verantwortlicher Herausgeber der Halbmonatsschrift „Der Frontkrieger“ wegen Vergehens gegen das Republikengesetz zu verantworten. Dieses Vergehen wird erblickt in einer Billigung und Verherrlichung des Rathenauer Mordes und einer Beschimpfung der Weimarer Verfassung durch einen Artikel, der in beiden Zeitschriften erschienen ist und der aus der Feder des Angeklagten Binz stammt. Vor seiner Vernehmung erklärte Binz, er lehne es ab, sich zu verteidigen, weil er das Gesetz zum Schutze der Republik nicht anerkenne. Der Staatsanwalt beantragte gegen Binz eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten, gegen Walzer von 3 Monaten und gegen Weiß von 4 Monaten. Das Gericht verurteilte den Angeklagten Binz als den Verfasser des Artikels zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten fünfzehn Tagen, die beiden anderen Angeklagten zu je drei Monaten Gefängnis nebst den üblichen Nebenstrafen. Von der weiteren Anklage wegen Verächtlichmachung der Weimarer Verfassung wurden die Beschuldigten Binz und Weiß freigesprochen.

Hier fand Arthur eine ganze Gesellschaft versammelt. Nora Culpepper war da mit ihrer Mutter, welche in einer Ecke saß und jammerte. Uebrigens ein fremder Herr und eine Dame, die Pasquett als Nister und Nix Kuston vorstellte. Nora erhob sich als sie eintraten, kam ihnen entgegen und nahm Pasquetts Hand in die ihre. Sie schienen von allen die ruhigste zu sein.

„Ich habe einen Plan,“ sagte Pasquett. „Ich bedauere, Kuston, dich da hereinziehen zu müssen um so mehr, als du nicht weißt, warum sich's eigentlich handelt. Die Polizei verfolgt mich eines Mordes wegen. Ich gebe dir mein Ehrenwort, daß ich kein Mörder bin. Ich habe niemanden umgebracht. Nora und Nix Culpepper wissen das. Aber ich habe sehr gute Gründe, nicht in die Hände der Polizei fallen zu wollen. Wenn sie mich erwischen, besteht gleichwohl die Gefahr, daß ich verurteilt werde, zwar nicht wegen Mord, aber auf Grund einer anderen Sache, die lange fast nach sich ziehen dürfte. Dasselbe gilt für Nora und Mr. Culpepper, falls sie erwischt werden.“ Ein lautes Schluchzen von Mrs. Culpepper ertönte aus der Ecke. „Nun, falls du dich dafür entscheidest, kommst du unbehelligt aus diesem Hause schreiten und brauchst nichts mehr mit mir zu schaffen haben. Ich verarge es dir nicht. Andererseits könntest du mir helfen, falls du entschlossen bist, ein kleines Wagnis auf dich zu nehmen.“

Kuston zögerte nicht. Er sah seine Frau an. „Laß gut sein, alter Freund,“ meinte Pasquett. „Ich nehme es dir nicht übel, wenn du es mir abschlägst.“

„Worum handelt es sich?“ fragte Kuston. „Ich glaube, daß ich das wissen sollte, ehe ich einen Entschluß fasse.“

„Die Sache verhält sich so,“ begann Pasquett. „Du hast von Hugh Rablett gehört, der vor wenigen Monaten ermordet wurde und dessen Geld ich geerbt habe.“ Kuston nickte. „Die Polizei vermutet, daß ich der Mörder bin. Nora kann dir bezeugen, daß das nicht wahr ist. Er war mein besserer Freund, wie du weißt. Ich hätte ihm nie ein Haar gekrümmt.“

„Weshalb läufst du dann weg?“

„Weil ich dies, obgleich ich ihn nicht ermordet habe, nur damit beweisen könnte, daß ich mich eines anderen Vergehens überführe, welches mir eine Reihe von Jahren einbringen müßte. Verstehst du mich jetzt?“

„Willst du damit sagen, daß du ein anderes Verbrechen begangen hast, was es auch sei?“ fragte Kuston.

(Fortsetzung folgt.)

# Peitsche und Zuckerbrot.

Aus Rom wird uns geschrieben:

Für das sogenannte Nationalfest der Arbeit, das das italienische Volk am 21. April begehen muß, hatte man den Erlaß einer Amnestie in Aussicht gestellt, die das vielgestaltige Unrecht der gerichtlichen Verurteilungen und der administrativen Verschickungen auslöschen oder doch mildern sollte. Ein Versprechen in diesem Sinne soll der Ministerpräsident im Dezember vorigen Jahres den Führern der Konföderation der Arbeit gegeben haben. Das Ausbleiben der Amnestie beweist natürlich nichts gegen diese Lesart; es beweist nur, wie sehr diejenigen Recht hatten, die damals den Genossen Calda und D'Aragona sagten: Wie könnt ihr nur auf solche Versprechungen hereinfallen!

Zu einem Lande, wo man weder sagen noch drucken darf, was man denkt, spielen allgemeine Redensarten, die der eine dem andern verstoßen zuläßt, eine große Rolle: sie sind so eine Art Surrogat für Informationen. Es wird so manches gestiftet, daß die Monarchie der Diktatur müde sei, die sie ganz an die Wand drückt, daß Mussolini der Rückstufung auf die Monarchie müde sei und das Kaiserreich proklamieren werde, daß der Faschismus sich energisch nach links orientieren wolle und was derart schöne und interessante Dinge mehr sind. Bis jetzt hat aber der arme König seine Diktaturmüdigkeit, die wir ihm nachfühlen können, noch in keiner Weise an den Tag gelegt, das italienische Kaiserreich ist auch noch nicht proklamiert worden, obwohl wir schon durch eine Mussolini gewidmete Kaiserhymne dazu geküßt sind, es bleibt also nur der Ruck nach links.

Und der soll nun durch die Verfassungsänderung, die „Carta del Lavoro“ erfolgt sein. Man muß schon sagen: es ist ein billiger Ruck. Es ist natürlich streng verboten, das Elaborat des hohen Rats des Faschismus nicht ernst zu nehmen, aber darum ist nicht gesagt, daß man sich irgend etwas dabei denken kann. Wir haben da in 30 Sätzen einige allgemeine Behauptungen, einige fromme Wünsche und ein bescheidenes Minimum von Forderungen im Interesse der Arbeiter, die diese in den meisten Kulturländern längst verwirklicht haben, wie Sonntagsruhe, Krankenversicherung, Lohnzuschlag für Nachtarbeit. Ein Gesetz ist das ganze nicht, denn bis jetzt kann eine faschistische Körperschaft, bestehend aus Parteifunktionären, im Königreich Italien noch keine Gesetze geben. Ein Gesetz kann es auch nicht werden, selbst wenn es der Ministerpräsident als Dekret in den Reichsanzeiger brächte, denn man kann nicht durch Gesetz allgemeine Formeln oder moralischen Lebensmaximen Kraft geben, wie denen von der italienischen Nation, die ein Organismus ist mit höheren Zwecken als die Zwecke des Individuums sind, von der Arbeit als sozialen Pflichten, von der gerechten Verteilung der Kräfte auf alle Produzenten usw. Mussolini hat so eine Art „Erklärung der Menschenrechte“ geben wollen, nur ohne Rechte und ohne Menschen. Da die faschistische Presse sagt, daß er wieder einmal einen geschichtlichen Meilenstein gesetzt hat, muß die Sache wohl so ausgefallen sein, wie man es wünschte. Enrico Ferri, der keine Gelegenheit verläßt, sich lägerlich zu machen, erklärt, daß sich ihre Wirkungen außerhalb Italiens in geometrischer Vermehrung geltend machen werden. Da könnte ja Italien selbst, als Ausgangspunkt dieser Revolution des papiernen Gemeinplatzes, ziemlich billig davonkommen. Unter dem Titel „Weitgehender Widerhall in allen Industrielandern“ veröffentlicht das römische faschistische Gewerkschaftsblatt die Nachricht aus Berlin: „Ein Auszug aus der Carta der Arbeit ist von allen Zeitungen ohne Kommentar veröffentlicht worden“. Da bekommt man schon einen Vorgeschmack von der geometrischen Vermehrung!

Während aber der Faschismus mit so weihenollen Redensarten in sozialer Ethik und Arbeiterfreundlichkeit macht, gibt er in dem Urteil im Prozeß Zaniboni das Maß seiner Nichtachtung aller Rechtsbegriffe. Man müßte schon einen blöden und engstirnigen Klassenstandpunkt einnehmen, wollte man hier sagen, daß das ja die Arbeiter nichts angehe, weil die Angeklagten Bourgeois und Freimaurer sind. Alle Rechte sind solidarisch. Bei jeder Rechtsverletzung gilt für den Arbeiter das Wort „Tua res agitur“ (Es geht um deine Sache!). Es gibt keinen materiellen Vorteil, keine Form der Arbeiterrechte, die für die Untatung allgemeiner Bürgerrechte entschädigen könnte. Und wenn die Arbeiter, während man sich offiziell über ihre Rechte ausschleimt, es wehrlos und ohne Einrede mit ansehen müssen, daß man aus der Justiz ein Werkzeug der Parteiherrschaft und des Parteihasses macht, dann muß ihnen zum Bewußtsein kommen, daß die Arbeiterfreundlichkeit ein Bluff ist, aber ihre Rechlosigkeit Wirklichkeit.

Das Ausnahmegericht konnte Zaniboni wegen Mordversuchs verurteilen zu zehn oder auch zu fünfzehn Jahren, denn, obwohl die ganze Sache notorisch von einem Lodspißel, von Quaglia, eingefädelt, durchgeführt und zu Ende gebracht wurde, konnte man mit einem Ansehen von juristischer Berechtigung die von Quaglia getroffenen Vorbereitungen Zaniboni zur Last legen, der sie gewollt hatte, als Mittel zu dem von ihm nicht geleugneten Zweck der Beteiligung Mussolinis. Denn dem Spitzel Quaglia war seine Arbeit dadurch erleichtert worden, daß Zaniboni schon spontan mit dem Gedanken des Attentats gespielt hatte, daß der Lodspißel nicht den Willen zu wecken, sondern nur den Weg zu bieten hatte? Wir verstehen, daß man Zaniboni nicht freisprechen wollte, auch, weil man Angst vor ihm hatte. Die These des Verteidigers, daß keine der von Zaniboni getroffenen Vorbereitungen den Charakter der Strafbarkeit trüge, konnte ein aus der Attentatspanik geborenes Ausnahmegericht nicht annehmen.

Aber bei Capello lag die Sache anders. Ihm und den Freimaurerorden hat man lediglich das eine nachweisen können: eine antifaschistische Studentendemonstration ermutigt und durch eine Geldspende unterstützt zu haben, die bei Gelegenheit eines Besuches des Königs in Pavia im Jahre 1925 stattfand. Wir wüßten nicht, daß für die Organisation einer Demonstration dreißig Jahre Zuchthaus verhängt werden können. Sonst ist nur ein Ankläger gegen Capello aufgestanden, der armenhafte Quaglia, der Zaniboni geraten hatte, sich von Capello Geld zu borgen und erst die Briefe mit diesem Anliegen übermittelte, dann sich in Gegen-

wart von Volkseigenen auf offener Straße das Geld ausstreckenden ließ. Es waren 200 oder 300 Lire, denn der General Capello war ein armer Teufel, aber nach der Auffassung des Staatsanwalts bewies gerade diese kärgliche Summe den verbrecherischen Sinn des alten Generals, sein Wissen um Zanibonis Pläne, seinen Willen, diesem zur Flucht zu helfen. Was mag sich Quaglia ins Häutchen gelacht haben, daß eine Summe, die für ihn nicht den Ertrag einer Tagesarbeit —ardon: einer Tagesspionage — darstellt, hinreichen konnte, einen verdienten Offizier zugrunde zu richten.

Das Spezialgericht weiß, was ganz Italien weiß: daß Capello unschuldig verurteilt wurde, weil man durch ihn am Freimaurerorden Rache nehmen will. Die am Tage darauf verfügte Verurteilung des Großmeisters Lorigiani vervollständigt nur das Bild der Parteitraghe. Und die Sache ist noch nicht zu Ende. Wir stehen vor einer neuen Freimaurerhebe, vor neuen Greuelthaten, zu denen die Presse aufreizt.

Gleichzeitig posant der Faschismus seine Arbeiterfreundlichkeit in alle Winde. Den Guten soll es gut in Italien gehen und den Schlechten schlecht. Mussolini, der das opferreiche Leben des Volksschullehrers nie hat führen wollen, hat den Schulmeistern die Beibehaltung. Ein Kulturland will aber von seiner Regierung nicht Lohn und Strafe, wie eine Schulfabrik voll Kinder, es will die Sicherstellung seiner Rechte, um sich kraft ihrer sein Wohl und Behe auf eigene Faust zu schaffen. Das Schandurteil von Rom schlägt dem ganzen Volk ins Gesicht, und die Klauen der „Carta del Lavoro“ löschen den Schimpf nicht aus, sondern fügen nur zum Schaden noch den Spott.

## Aus Schlesien.

### Bezirksstagnung der Freien Elternvereinigungen Schlesiens

Am vergangenen Sonntag hielt die Bezirksvereinigung der Freien Elternvereinigungen Schlesiens ihre Bezirkskonferenz in Waldenburg ab. Bemerkenswerter Weise hatte weder die Regierung in Breslau, noch der Magistrat Waldenburg Vertreter entsandt. Ja, man hatte es nicht einmal für notwendig befunden, überhaupt auf die Einladung des Bezirksvorstandes zu antworten. Nach den Begrüßungen der erschienenen Gäste sprach Bundesvorsitzender Linke über das Thema: „Die freie Schule in Deutschland“. Obwohl die freie Schulbewegung in Deutschland noch recht jung ist, so kann sie in fast allen Teilen des Reiches doch schon erhebliche Erfolge buchen. Im letzten Jahr sind allein im Bezirk Waldenburg 23 neue Klassen errichtet worden. Die Stadt Liegnitz mußte ihre Klassenzahl von 4 auf 11 erhöhen. In Magdeburg sind 32 Prozent aller Schulkinder in weltlichen Schulen untergebracht. Allgemein sind die Kinderzahlen in den weltlichen Schulen im letzten Jahre wesentlich gestiegen, so daß es an Klassen, Räumlichkeiten und besonders an Lehrkräften mangelt. Weit größer wären die Erfolge noch, wenn Schuldeputationen und Regierungsstellen sich nicht immer wieder hemmend gegen die mächtig aufsteigende Bewegung einstellten. Die Zusammenlegung der Schuldeputationen entspricht in keiner Weise mehr der Einstellung der Elternschaft. Den Geistlichen muß das Stimmrecht genommen werden. Die empörendsten Sachen haben sich schon ereignet. So ist es vorgekommen, daß in mehreren Orten die Gemeindevertretungen mit überwiegender Mehrheit die Erziehung von weltlichen Schulen beschlossen, während dies von den Schuldeputationen abgelehnt wurde! Das ist eine Vergeßlichkeit der verfassungsmäßigen Elternrechte. In Stettin wurde sogar die Einrichtung einer weltlichen Schule abgelehnt, obwohl 850 Kinder vorhanden waren. Die Regierungsstellen sind meist so bürokratisch wie nur möglich und verweigern die Genehmigung, wenn die Schuldeputationen gegen weltliche Schulen sind.

Zu alledem kommt der unfaire Kampf der konfessionellen Richtungen, deren Bestätigung weltlicher Lehrer und andere „christliche“ Kampfmittel. Könnten wir überall da, wo die Vorbedingungen zur Errichtung weltlicher Schulen vorhanden sind, frei und ungezwungen solche errichten, dann würden solche Schulen wie Pilze aus der Erde schießen. Die Lehrerfrage ist eine der wichtigsten. Ständen der freien Schulbewegung so große Geldmittel zur Verfügung, wie die Kirchen sie vom Staat erhalten und für ihre Zwecke verwenden können, dann wäre auch uns die Finanzierung der Lehrerbewegung leichter möglich. In der Frage der Erziehung müssen wir uns zu neuen Formen durchringen. Deshalb können wir auch nur von unserer Idee überzeugt und die besten Lehrer gebrauchen. Bezüglich des Reichsschulgesetzes und des drohenden Konkordats müssen wir mit den Linksparteien eng zusammenarbeiten, um zu verhindern, daß eine ungeheure kulturelle Schädigung eintritt. Reichert Belial dankte dem Redner.

Nach einer eingehenden lebendigen Diskussion und der darauf eingeleiteten Mittagspause gab Bezirksvorsitzender Daumann den Geschäftsbericht. Der Bezirk hatte im letzten Jahre trotz aller Widerstände und Hemmungen beachtliche Fortschritte zu verzeichnen. Neu geschaffen wurden die Ortsgruppen Friedland, Schweidnitz und Häslich. Vorarbeiten sind geleistet zur weiteren Bildung von Ortsgruppen. In Langenbielau wurde ein großes weltliches Schulsystem, das das eines der größten im Bezirk sein wird, geschaffen. Die unverständliche Einstellung der Regierung in Breslau, die sich bei ihren Maßnahmen auf Gesetze und Verordnungen aus früheren Jahrhunderten stützte und den weltlichen Lehrern bei jeder Kleinigkeit mit disziplinarischen Strafen drohte, hat wiederholt zu heftigen Zusammenstößen geführt. Die Behandlung der Lehrerfrage und Bildung von Rektorstellen an weltlichen Schulen durch die Regierung schaffen eine ungeheure Erbitterung bei der freien Elternschaft. Der Klassenbericht wies einen Bestand auf, obwohl das Jahr mit erheblichen Nachbeträgen begonnen wurde. Sehr gut hat die Arbeitsgemeinschaft weltlicher Lehrer gearbeitet. Ein von ihr aufgestellter Lehrplan über Naturheilkunde ist vom Schultat als vorbildlich bezeichnet und allen anderen Schulen zur Einführung empfohlen worden. In der ausgedehnten Aussprache wurde die Arbeit des Bezirksvorstandes allgemein anerkannt.

Von den alsdann angenommenen Anträgen seien die wichtigsten nachstehend wiedergegeben:

**Gleichberechtigung der weltlichen Schule und weltliche Lehrerbildung.** 1. Die Bezirkskonferenz der Freien Elternvereinigungen Schlesiens fordert, daß in dem kommenden Reichsschulgesetz die freie Entwicklung der weltlichen Schule in jeder Hinsicht, besonders aber durch Anerkennung der Gleichberechtigung mit der Bekenntnisschule gesichert wird. In dem Gesetz sind besondere Garantien zu geben, daß den meist reaktionären örtlichen Schulverwaltungen (Schulvorstände und Schuldeputationen) die Rechte

entzogen werden, durch die sie es jetzt oft verüben, daß neue weltliche Schulen gegründet werden.

2. Um eine geeignete Ausbildung der zukünftigen Lehrer an weltlichen Schulen zu garantieren, fordert die Bezirkskonferenz die Einrichtung von weltlichen Akademien und gibt ihrer Entzifferung Ausdruck, daß die beantragte Einrichtung der ersten dieser Akademien im Hauptauschuss des preußischen Landtages abgelehnt worden ist.

**Protest gegen das Jugendbewegungsgesetz.** Die Bezirkskonferenz erhebt einstimmig Protest gegen das geplante Gesetz zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten, das nur dazu bestimmt ist, die gesamte Jugendbewegung und vor allem auch die freie Schulbewegung der Beschäftigung und Ueberwachung durch reaktionäre Organe auszuleiern.

**Protest gegen die Sabotage der Mikrofonie.** Die Bezirkskonferenz erhebt schärfsten Protest gegen den Versuch, bewährte Lehrer von weltlichen Schulen zu entfernen, um sie durch solche zu ersetzen, die öffentlich die weltlichen Schulen und ihre Anhänger beschimpfen. Sie beantragt den Bezirks- und Reichsvorständen, sofort Schritte zu unternehmen, um einen derartigen Sabotageversuch zu verhindern.

Bei der Wahl des Bezirksvorstandes wurde Geschäftsführer Daumann-Waldenburg-Witwasser, als 1. Vorsitzender, Hertwig-Weschkstein und als 2. Vorsitzender Pleisch-Breslau einstimmig gewählt.

Mit der Aufforderung auch im neuen Geschäftsjahre freudig mitzuarbeiten an dem großen Kulturziel und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die freie Schulbewegung schloß Schulfreund Hertwig gegen 6 Uhr abends die arbeitsreiche und ergebnisreiche Tagung.

**Schweidnitz, Reichsbannerversammlung.** Am vergangenen Sonntag fand im Gasthause zum „Blauen Hecht“ die diesjährige Kreisversammlung des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ unter Leitung und Vorsitz des Kreisleiters, Kameraden Hochweber, statt. Die Sitzung war von Vertretern aller Ortsgruppen aus dem Kreise besucht. Nach dem erstatteten Geschäftsbericht war festzustellen, daß die Reichsbannerbewegung im Kreise Schweidnitz in dauernder Aufwärtsbewegung steht und daß vor allem die Verbände einen erfreulichen Zuwachs gebracht hat. Der als Vertreter des Gauvorstandes anwesende Gauvorsitzende, Kamerad Hermann-Breslau, hielt ein eingehendes Referat über die Einstellung des Reichsbanners zu den gegenwärtigen politischen Verhältnissen, das mit großem Beifall begleitet wurde und eine lebhafteste und dem Referat zustimmende Debatte entfiel. Einmütig kam die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß das Reichsbanner in der bislang gehaltenen Linie und nach der Einstellung der Bundesleitung mit vermehrtem Eifer an den Ausbau der Organisation und damit auch der deutschen Republik gehen müsse. Vom Kreise ist ein großes republikanisches Treffen für den 14. und 15. Mai in Jöhben in Aussicht genommen. Die Versassungsfeier ist als Bezirkstreffen am 21. August in Schweidnitz vorgelesen. Die Klassenprüfung ergab eine geordnete Finanzlage. Die Kreisbeiträge wurden in alter Höhe festgelegt. Vertretern waren auch der Nachbarkreis Striegau durch Kameraden Kabor und der Kreis Waldenburg durch Kameraden Reichsabsabgeordneten Wendemuth.

**Lwenzberg, Eine Kleinbahn nach Bunzlau.** Im Beisein von Vertretern der Stadtverwaltungen Bunzlau und Lwenzberg, der Landräte beider Kreise, sowie von Vertretern der Handwerkerkammer Liegnitz, der Handelskammer Hirschberg, zahlreicher Gemeindevorsteher, verschiedener Industrieller und des Verkehrsvereins Lwenzberg wurde nach einigen Tagen im Lwenzberger Stadtverordnetenversammlungssaal eine Sitzung abgehalten, die sich mit der Schaffung einer Kleinbahn Bunzlau-Lwenzberg befaßte. Die Verhandlungen wurden von Landrat von Hoffmann mit einem kurzen Rückblick auf die bisher gepflogenen Beratungen eingeleitet und beschäftigte sich hauptsächlich mit der Linienführung. Es wurden von den einzelnen Interessenten sehr verschiedenartige Wünsche zum Ausdruck gebracht. Eine Kommission soll unter sachlichen und allen berechtigten Wünschen gerecht werdenden Gesichtspunkten die Linienführung festlegen, damit die in Aussicht genommene ausführende Firma Lenz & Co. einen Vorkurschlag ausarbeiten kann. Mit privater Beteiligung an dem Kleinbahnprojekt ist kaum zu rechnen, so daß als Zeichner im wesentlichen die interessierten Städte, Gemeinden und die Provinz in Frage kommen.

**Hoyerswerda, Saatensand Anfang April im Kreise.** Winterweizen gut bis mittel, Winterroggen gut bis mittel, Wintergerste gut bis mittel, Gemenge gut bis mittel, Wintertraps und Hülsen mittel, Klee gut bis mittel, Wiesenstand mittel.

## Breslau (Land)-Neumarkt.

**Deutsch-Lissa, S. P. D.** Donnerstag, den 28. April, abends 7 Uhr, findet bei Polgner eine wichtige Parteimitglieder-Versammlung statt. Vollständiges Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Gäste haben Zutritt.

**Neumarkt, Mafieier-Ausschuss** Freitag morgen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Oles (Blauer Stern). An dieser letzten Sitzung müssen sämtliche Mitglieder des Ausschusses sowie die Vorsitzenden der Gewerkschaften usw. teilnehmen.

## Arbeiter-Sport.

**Arbeiter-Kartell für Sport und Körperpflege.** Heute abend beginnt Punkt 7 Uhr die Kartellvorstandssitzung.

**Freie Turnerschaft Breslau, 4. Männer, Jugend- und Schüler-Abteilung.** Am Sonntag, den 1. Mai, fährt die gesamte Abteilung nach Lastowitz, um den dortigen jungen Bundesverein zu unterstützen. Da Jugend und Schüler auf Sammelreisen fahren, müssen alle Teilnehmer an dieser Tour am Freitag in der Turnhalle erscheinen. Jugendabteilung: Heute abend 7 1/2 Uhr Arbeitersportgemeinschaft bei Linke, Doststraße 8.

**S. B. Poseidon.** Heute abend 7 Uhr: Fortanstellung. — Sonnabend, pünktlich 8 Uhr: Monatsversammlung. — Sämtliche Käufer zum „Vollständigen“ Lauf erscheinen Freitag abend in der Turnhalle. — Jugendabteilung und Kinder: Wir treffen uns Sonntag vormittag um 9 1/2 Uhr am Röntgenplatz (Bismarckbrunnen) zur Maidemonstration. Sonntag nachmittags im Poseidon-Bad.

**Bezirk Breslau des Arbeiter-Athleten-Bundes.** Sämtliche Vereine, die ihre Kartell, Bezirks- und Kreisbeiträge für das erste Quartal 1927 noch nicht geregelt haben, können dies bis zum 31. April noch tun, andernfalls Gläubiger eintritt. Die Verbandspartei für den 1. Mai können am Sonnabend beim Kaffeehaus Dautel, Kavelstraße 14 abgeholt werden.

**Sportvereine 1897/02.** Am Sonnabend, den 30. April, in der Turnhalle Brannenstraße, ab 8 Uhr: Fortsetzung des Lehrkursus im Ringen. Am Sonntag, den 1. Mai, fällt der Übungsbetrieb in der Turnhalle Gauerbrunnen aus.

**Jugendgruppe des Turnvereins „Die Naturfreunde“.** 4. B. (Sozialistische Wander-Jugend). Heute abend, pünktlich 8 1/2 Uhr, beginnt unsere außerordentliche Mitgliederversammlung. Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht. Wichtige Tagesordnung. Neumarkten der Jugendleitung und weitere Arbeit.

# Kaufen Sie MAGGI'S Suppen-Würfel

## und Sie werden zufrieden sein!

Reiche Sortenauswahl. — 1 Würfel für 2 Keller 75 Pfennig.



# Das bieten wir für

# 45 Pf. u. 75 Pf.

- Handtücher grau-weiß 45
- 2 Taschentücher weiß u. bunt 45
- 3 Staubtücher gestreift 45
- 2 Erstlingshemden 45
- 1 Erstlingsjackchen gestr. 45
- 2 Kinderlätzchen 45
- Büstenhalter 45
- Einzelne weiße Kopf-Kissen-Bezüge 75
- Einkaufsbeutel mit Ring 75
- 3 Scheuertücher verstärkte Mitte 75
- Hemdentuch 80 cm breit 45
- Große Mengen**
- Musselin- und Zephirreste neueste Muster durchweg Meter 45
- Kinder-Unterzüge in Trilok Paar 45
- Damenschlüpfer farbig Paar 75
- Damenstrümpfe schwarz u. farb. Paar 45
- Herrnsocken Mako, bunt Paar 45
- Herrn-Vigogne- und Schweißsocken grau Paar 45
- Damenstrümpfe Seidenbor u. Mako, P. 75
- Herrnsocken Mako, kariert u. gestreift, P. 75
- Markkorbedecken gezeichnet 45
- Küchenspitze weiß gestrichel. 3 Meter 45
- Rissen mit Rückwand, gez. 75
- 4 Bierbecher glatt u. 1 Tabl. 45
- 6 Korngläser gepreß. 45
- 1 Blumenvase bunt gemalt 45
- 1 Zuckerständer und 2 Kompottschalen russ. 45
- 3 Porzellan-Obertassen mit Goldrand 45
- Porzellan-Teller m. Goldr. 11 od. 12 45
- 3 Porzellan-Kaffeeteller weiß 45
- 4 Steingut-Teller 45
- Salatschüsseln Satz = 4 St. 45
- 6 Teegläser glatt 75
- 6 Paar Porz.-Tassen weiß 75
- 3 Paar Porz.-Tassen mit Goldrand 75
- Steingut-Waschschüss. 75

## Emaille-Geschirr

außergewöhnlich billig!

- 2 Emaille-Kaffeetöpfe weiß, 9 cm zusammen 45
- Emaille-Kehrschaufel 45
- Emailletopf gestr., 10 od. 12 cm 45
- Emaille-Schmortopf 14 cm 45
- Emaille-Wasser-Konsole mit Maß, 1/2 Ltr. 45
- Emaille-Nachtgeschirre weiß, 18 cm 45
- Kasserolle 16 cm 45
- Emaille-Kaffe-Rannen weiß, 10, 11 oder 12 cm 45
- Emaille-Elmer 28 cm 75
- Emaille-Maschinentopf gestr., 16 cm 75
- Emaille-Schmortopf 18 cm 75
- Emaille-Nachtgeschirre weiß, 20 cm 75
- Emaille-Topfdeckel 14, 16, 18 cm Satz 3 Stück 75
- Emaille-Küchenschüss. weiß, 34 cm 75
- Emaille-Patent-Taschenkrüge 75
- Emaille-Teigschüss. 36 cm 75

**Große Mengen Linoleum besonders preiswert**

|                |                       |                             |                          |
|----------------|-----------------------|-----------------------------|--------------------------|
| Tischlinoleum  | glattgrün             | Breite 60 65 70 80 cm       | 1.50 1.70 1.85 2.20      |
| Tischlinoleum  | gemustert             | 20 cm br. m.                | 1.95                     |
| Lefungsschoner | Wachs- u. lach.       | 2 St.                       | 45                       |
| Linoleum       | in Resten bis 8 Meter | Breite 65 90 100 150 200 cm | 1.65 2.35 2.75 3.75 5.50 |
| Wachstuchreste |                       |                             | 75 und 45                |
| Wandschoner    | Wachs- u. lach.       |                             | 75 u. 45                 |

- Kartoffeldrucker und Schneeschläger zusammen 45
- Kohlenschaufel u. Feuerbaken zusammen 45
- Kaffee- u. Zuckerbüchse zusammen 45
- 1 Schrubber, 1 Scheuertbürste u. 1 Wischtuch zusammen 45
- 1 Glanzbürste, 1 Schmutzbürste und 1 Auftragsbürste zusammen 45
- 2 Stuhlsitze eckig 75
- 2 Büchsen vernickelt m. Schrift für Kaffee und Zucker 75
- Handfeger rein Rohhaar 75
- Schrubber in Wurzel u. Hand-schneurbürste zusammen 75
- Kokos-Keimbesen mit Stiel 75
- 2 Dosen Schuhcreme 45
- Kinderpantoffeln mit Spießleder-sole 75
- Schuhspanner in Metall 75
- Selbstbinder Kunstseide 75
- Gummi-Hosenträger 75
- Stehumlegekragen modernste Form 75
- Schillerkragen weiß und farblich 75
- Sporkragen weiß und farblich 75
- Aufstellspiegel 45
- 3 große Rollen Toilettenpapier 45
- 3 Rollen Butterbrotpapier 45
- 3 Schreibhefte 20 Bogen Umschlagpapier, 12 Etiketten zusammen 45
- 2 Stege Kernseife Seifenpulver zusammen 45
- 1 großer Kernseife und 1 Pack Sieg Schnitzpulver zusammen 75
- Damen-Strumpfhalter mit Saftel, 2teilig 45
- Obergarn 1000 Meter, 4 fach 45
- 6 Dtz. Wäsche Knöpfe sortierte Größen u. 4 Rollen Twist zusammen 45
- 2 Roll. Maschinen-Garn 200 Meter, 4 fach, 1 Brite Näh-nadeln und 3 Dtz. Sticher-nadeln zusammen 45
- 1 Paar Schweißblätter u. 4 Pack weiß. Band, zus. 45
- Dam.-Gummischürz. 75 und 45

# Baracke nur Neumarkt.

**Stadttheater**  
Mittwoch 8 Uhr:  
18. Abn.-Vorstell.  
Serie B  
„Louise“  
Donnerstag 8 Uhr  
Gastspiel der japani-  
schen Sängerin  
Jovita Faentes  
„Madame  
Butterfly“  
Freitag 8 Uhr:  
Die Regiments-  
tochter  
Der Zauber-  
gelter.

**Liebig-Theater**  
Telefon: Stephan 34646  
Täglich 8 Uhr!  
**Internationales  
Varieté**  
in höchster  
Vollendung  
Billige Eintrittspreise  
von 50 Pl. an.  
Jeden Sonntag Familien-  
u. Kinder-Vorstellung  
Das volle Programm zu  
ermäßigten Preisen.

**Schauspielhaus**  
Operettenbühne.  
Tel. Stephan 39309.  
Täglich 8 Uhr:  
„Jugend  
im  
Mai“  
Sonntag, nachmittag 3 1/2 Uhr:  
„Die Zirkusprinzessin“

**Schau-Arena  
im  
Circus Busch**  
Täglich 8 Uhr:  
Nur noch Sonntagabend  
bis einschl. Sonntag  
Sonntags 4 und 8 Uhr:  
Wettrennen der schönsten  
Beine — Push-Ball —  
Tolle Grotesken — Sin-  
Dolor, das Welttrüsel —  
Ossis, die Denkmaschine  
2 Myrons — Amerik.  
Bühnensensationsstück:  
Der Kavalier von  
Sing-Sing  
4 Sketch-Akte.  
Eintritt:  
25 Pl. 100 Mk.  
bis 1 Parkett  
(Logen 1.50)  
Ab Sonntag, den 1. Mai  
Neuer Spielplan.

**Lobe-Theater**  
Tel. Ring 6774  
Mittwoch nachm. 1/2 All.  
Kleine Preise!  
„Die deutschen  
Kleinstädter“  
Mittwoch, Donnerstag  
abends 8 Uhr:  
„Spiel im Schloß“  
Thalia-Theater  
Tel. Ring 6700  
Mittwoch, Donnerstag  
abends 8 Uhr:  
„Delyone“

**Parteilreunde**  
kauft an Bahnhöfen,  
verlangt in Hotels,  
Restaurants, Cafés  
stets die  
**Volkswacht**

**Harn- und Blasenleiden**  
langjähr. bewährt, ansprechen  
**„GOBA“ verstärkt**  
Ehlich Oscar Reymann, Drogerie  
Neumarkt und Albrechtstraße

**Druckerei Volkswacht**  
Moderne, vollständige und saubere  
Ausführung aller Druckarbeiten  
besonders auch bei großen Mengen  
Breslau 2, Furtstraße 4/6.

57. Landwirtschaftlicher  
**Flaschinenmarkt**  
1. OSTDEUTSCHE  
FACHAUSSTELLUNG  
DIE MILCH  
**Technische Messe**  
BAUMESSE  
AUSSTELLUNG VON  
BÜROMASCHINEN  
**Breslau 5. bis 8. Mai**  
Ausstellungsort: Siedlung

Wir veranstalten  
**10 Werbetage**  
vom 21. April bis 7. Mai.  
Vorzug dieser erhält während der  
Werbetage auf alle Farbwaren **5% Rabatt.**  
Bitte beachten Sie unseren Schaufensterwettbewerb.  
Sonderangebot:  
**Fußboden-Grundierfarbe** per kg RM. 1.00  
**Fußbodenlackfarbe** über Nacht herzustellen per kg RM. 1.50 und RM. 1.50  
**Bereinigung**  
**Breslauer Lack- u. Farbenhändler v. B.**  
Verkaufsstellen:  
Oberster: Johannes „Berne“, Kurt Schlichter, Zehdenstr. 8  
Willi Wirtz, Reichenstr. 130  
Oberster: Max Schütze, Josef. Curt Fischer, Kolln-  
straße 97  
Lud. 2. Farben-Experten Max Biell & Andrjtschke  
Zehdenstr. 50  
Strohener: Drogerie von Schwarz, Franz Kühnel,  
Zehdenstr. 20, Willy Wirtz, Zehdenstr. 10  
Göden: Lad. und Farbenhaus „Schiff“, Oskar Hecke, Zehdenstr. 17  
Größten: Lad. und Farbenhaus Rembrandt, Laffenstr. 27  
und Größtmer Straße 54  
Richard Hellmann, Schiffener Chok 117  
Besenb.: Lad. und Farbenhaus „Bif“, P. Alex, Zehdenstr. 20,  
54 Zehdenstr.  
Richard Hellmann, Zehdenstr. 5

**Trockener Lagerkeller (326 qm)**  
in der Markthalle I, Ritterplatz, ab 1. Juli 1927 zu  
vermieten. Näheres im Büro der Markthalle I. 7400  
Aus eigener Werkstatt, fest u. gut gearbeitet  
**Chaiselongues v. 30 bis 100 Mt.**  
**Sofas von 75 bis 200 Mt.**  
Größte Auswahl Teilzahlung gestattet!  
**Albert Nowotny, Weidenstr. 23/24.**

**Soeben erschienen!**  
Schriften der freien  
sozialistischen Hochschule  
**Dr. Karl Renner**  
Der geistige Arbeiter  
in der  
gegenwärtigen  
Gesellschaft  
kart. 0.50  
**Volkswachbuchhandlungen**  
Neue Gruppenstr. 5 u. Neue Zofenstraße 11

Jeder Stand trinkt  
**Brandt**  
Allerwelt  
**Brandt**  
Kaffeegetränk  
Jeden Tag 55 Pf.  
recht für ca. 100 Tassen  
In jedem Kolonialwarengeschäft zu haben.

**Sofort Geld**  
auf Pfänder. 747  
**Reithaus Rothe**  
Brandenburger Straße 2

**Möbel**  
auf bequeme  
Teilzahlung  
Ges. f. einf.  
**Wohnungs-  
Einrichtungen**  
Albrechtstr. 39  
Ecke Altbüderstraße

**Kinderwagen**  
Korbmöbel  
Bettsstellen  
Puppenwag.  
Teilzahlung gestattet  
Reparaturen billig  
**Werdenga, Breslau**  
Gräbischer Straße 69

Zu der  
„Volkswacht“ haben  
**Stellen-Angebote**  
Infolge ihrer großen Ber-  
breitung in Arbeiter-  
kreisen besten  
Erfolg

**Kleine Anzeigen**  
sind komplett gelehrt ein-  
poligige Anzeigen von Ver-  
läßlich. Kaufgeuchen u. a.  
nur von Feinsten. Mor-  
3 Wonnige, seit 4 Wonnige  
Frauenmantel zu ver-  
kaufen bei Kalpe, Springe-  
straße 27.  
Zweitgrößt. Kassenwagen  
verf. Pfeiffer, Rosenthalstr. 41  
Großes mod. Flughaar,  
Grammophon m. 12 Platten,  
Küchengerät zu verl. Offert.  
unt. Nr. 119 an Volkswach-  
buchh., Neue Gruppenstr. 5.